

Dem Verwaltungsrat gehören an:

Vorsitzender

Polzehl, Jürgen

Stellvertretender Vorsitzender

Klinger, Bodo

Mitglieder

Denzin, Doris

Engelmann, Kai

Giese, Jutta

Kirsch, Ingeborg

Lichtenberg, Wolfgang

Rauch, Claudia

Schindler, Frank

Stellvertretende Mitglieder

Klockow, Heike

Grunwald, Elke

Kambs, Simone

Begründung:

Gemäß § 6 Absatz 2 Nr. 5 i. V. m. § 26 Absatz 4 Satz 1 BbgSpkG beschließt die Stadtverordnetenversammlung Schwedt/Oder über die Entlastung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Schwedt.

Die Beschlussfassung über die Entlastung hat für jedes einzelne Mitglied bzw. stellvertretende Mitglied – in Einzelabstimmung - zu erfolgen.

Ein Verwaltungsratsmitglied bzw. ein stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied, welches der Stadtverordnetenversammlung angehört, darf bei der Beschlussfassung über seine Entlastung nicht mitwirken.

Die Entlastung enthält keinen Verzicht auf etwaige Ersatzansprüche.

Der Verwaltungsrat hat im Jahr 2010 5 Verwaltungsratssitzungen durchgeführt.

Der Verwaltungsrat der Stadtparkasse Schwedt hat am 31. Mai 2011 den geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 mit einer Bilanzsumme von 444.393.975,57 € und einem Bilanzgewinn von 394.695,41 € festgestellt. Der Verwaltungsrat hat im Hinblick auf die Situation im Geschäftsgebiet und die unterdurchschnittliche Ertragslage ebenfalls am 31. Mai 2011 beschlossen, den Bilanzgewinn 2010 von 394.695,41 € gemäß § 27 BbgSpkG in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Als Anlage werden dieser Vorlage die Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010 mit Anhang und Lagebericht beigelegt.

AKTIVA				31.12.2009
	EUR	EUR	EUR	Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand	4.595.040,79			7.412
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	4.050.830,98			4.670
		8.645.871,77		12.082
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen	0,00			0
b) Wechsel	0,00			0
		0,00		0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	12.918.661,07			5.568
b) andere Forderungen	40.833.026,21			50.853
		53.751.687,28		56.421
4. Forderungen an Kunden		180.653.990,92		179.080
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	95.294.151,76 EUR		(59.326)
Kommunalkredite	31.935.644,29 EUR		(31.798)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR		(0)
		0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	25.812.500,69			15.208
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	25.812.500,69 EUR		(15.208)
bb) von anderen Emittenten	94.926.361,49			106.405
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	94.926.361,49 EUR		(106.405)
		120.738.862,18		121.612
c) eigene Schuldverschreibungen	795.915,04			1.907
Nennbetrag	794.000,00 EUR		(1.912)
		121.534.777,22		123.520
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		75.756.233,93		73.798
6a. Handelsbestand		0,00		-
7. Beteiligungen		2.033.055,27		2.045
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		4.806,14		50
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR		(0)
9. Treuhandvermögen		0,00		0
darunter:				
Treuhandkredite	0,00 EUR		(0)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		0,00		0
11. Immaterielle Anlagewerte		38.286,00		67
12. Sachanlagen		879.994,81		1.046
13. Sonstige Vermögensgegenstände		586.950,04		618
14. Rechnungsabgrenzungsposten		508.322,19		430
Summe der AKTIVA		444.393.975,57		449.155

PASSIVA				31.12.2009
	EUR	EUR	EUR	Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		9.661,16		8
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		17.267.565,52		35.092
			17.277.226,68	35.099
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	97.568.923,61			91.373
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	18.896.561,13			15.961
		116.465.484,74		107.334
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	204.881.571,75			201.315
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	64.261.611,19			66.705
		269.143.182,94		268.021
			385.608.667,68	375.354
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		6.624.772,51		8.127
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR		(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR		(0)
		6.624.772,51		8.127
3a. Handelsbestand			0,00	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			0,00	0
darunter: Treuhandkredite	0,00 EUR		(0)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			470.417,51	555
6. Rechnungsabgrenzungsposten			251.526,98	229
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.230.512,00		1.154
b) Steuerrückstellungen		402.200,00		533
c) andere Rückstellungen		1.391.358,41		1.208
			3.024.070,41	2.895
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			10.075.526,59	8.328
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR		(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			4.500.000,00	3.400
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklage				
ca) Sicherheitsrücklage	16.167.071,80			14.819
cb) andere Rücklagen	0,00			0
		16.167.071,80		14.819
d) Bilanzgewinn		394.695,41		348
			16.561.767,21	15.167
Summe der PASSIVA			444.393.975,57	449.155
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegeben abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		9.229.304,72		11.316
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			9.229.304,72	11.316
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Plazierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		17.509.557,71		18.438
			17.509.557,71	18.438

Anhang

0. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss 2010 der Stadtparkasse Schwedt wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Anpassungen an das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurden mit Wirkung zum 01.01.2010 berücksichtigt. Gemäß Art. 67 Abs. 8 Satz 2 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) wurde auf die Anpassung der Vorjahreszahlen verzichtet.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen der untergeordneten Bedeutung der Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verzichtet.

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir mit dem Nennwert bilanziert. Die Schuldscheindarlehen wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Bei Darlehen wird der Differenzbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag in die Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite aufgenommen. Die erfolgswirksame Auflösung erfolgt grundsätzlich laufzeit- und kapitalanteilig. Im Fall von Festzinsvereinbarungen erfolgt die Verteilung auf die Dauer der Festzinsbindung.

Bei den Forderungen an Kunden wurde dem akuten Ausfallrisiko durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Auf den latent gefährdeten Forderungsbestand wurden angemessene Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt, basierend auf den Erfahrungswerten der Vergangenheit. Die Höhe der Pauschalwertberichtigung wird entsprechend dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994 sowie in Anlehnung an die BFA-Stellungnahme 1/90 des IDW ermittelt. Soweit die Gründe für eine Wertberichtigung nicht mehr bestehen, sind Zuschreibungen (Wertaufholungen) bis zu den Zeit- bzw. Nominalwerten vorgenommen worden.

Wertpapiere

Die Ermittlung der Anschaffungskosten der Wertpapiere erfolgte nach der Durchschnittsmethode. Alle Wertpapiere wurden zum strengen Niederstwertprinzip bewertet. Wertaufholungen wurden durch Zuschreibungen auf den höheren Kurs, maximal aber bis zu den Anschaffungskosten, berücksichtigt.

Bei der Bewertung von Wertpapieren wurde der beizulegende Wert aus einem Börsen- oder Marktpreis abgeleitet.

Der Tageskursberechnung des Spezialfonds der Sparkasse liegen die Regelungen des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften zugrunde. Für die Tagespreisermittlung der enthaltenen Assets werden grundsätzlich Marktpreise in Form von Schlusskursen herangezogen. Modellhafte Bewertungen fanden nicht statt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zu den Anschaffungskosten bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren Wert sind wegen dauerhafter Wertminderung vorgenommen worden.

Abschreibungen aus den Vorjahren wurden unverändert beibehalten.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagevermögen

Entgeltlich erworbene Software wurde nach den Vorgaben des IDW-Rechnungslegungsstandards "Bilanzierung von Software beim Anwender" (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen. Sie ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt worden, wobei eine Nutzungsdauer von 3 Jahren zugrunde gelegt wurde.

Das Sachanlagevermögen wurde in den Zeiträumen der Anschaffung wie folgt abgeschrieben.

01.01.2000 – 31.12.2001	degressive Abschreibung (unter Anwendung der Vereinfachungsregel gemäß Richtlinie 44 Abs. 2 Satz 3 EStR)
01.01.2002 – 31.12.2008	lineare Abschreibung
01.01.2009 – 31.12.2009	degressive Abschreibung (unter Anwendung des von der Bundesregierung am 05. November 2008 beschlossenen Maßnahmenpaket „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“)
01.01.2010 – 31.12.2010	lineare Abschreibung

Bei Anwendung der degressiven Abschreibung wechselt die Sparkasse zur linearen Abschreibungsmethode, sobald letztere höhere Abschreibungsbeträge ermöglicht.

Bei einem Gebäude sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 34,4 Tsd. Euro vorgenommen worden, da eine dauernde Wertminderung ermittelt wurde.

Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern entsprechen den Vorschriften des EStG bzw. den amtlichen AfA-Tabellen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter sowie Software mit Anschaffungskosten bis 150,00 Euro sind im Erwerbsjahr sofort als Sachaufwand erfasst worden. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von größer 150 Euro bis 1000 Euro sowie Software bis 410 Euro wurden in einen Sammelposten eingestellt, der über 5 Jahre linear Gewinn mindernd aufzulösen ist.

Die in früheren Jahren vorgenommenen steuerrechtlichen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen wirken sich im vorliegenden Jahresabschluss in niedrigeren laufenden Abschreibungen aus; dies hat zu einem entsprechend höheren Steueraufwand geführt; der verbleibende Saldo hat das Jahresergebnis um 2,3 Tsd. EUR erhöht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert worden. Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Erfüllungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf die Laufzeit erfolgswirksam aufgelöst.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Heubeck Richttafeln 2005 G gemäß § 6 a EStG entsprechend dem Teilwertverfahren unter Berücksichtigung der zukünftig zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 1,6 % sowie Rentensteigerungen von 1,6 % ermittelt. Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden mit einem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Rechnungszinssatz von 5,25 % abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahre ergibt.

Die auf Grund der geänderten Bewertung durch die Umstellung auf das BilMoG erforderliche Zuführung zu den Rückstellungen für Pensionen erfolgte vollständig aufwandswirksam über die außerordentlichen Aufwendungen.

Der Rückstellungsbetrag für die Verpflichtungen aus abgeschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung der zukünftig zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 1,2 % ermittelt und für eine durchschnittliche Restlaufzeit von 4,86 Jahren abgezinst. Als Rechnungszins ist der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre unter Berücksichtigung der Restlaufzeit der Verpflichtung in Höhe von 4,34 % verwendet worden.

Die auf Grund der geänderten Bewertung durch die Umstellung auf das BilMoG erforderliche Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeitvereinbarungen erfolgte vollständig aufwandswirksam über die außerordentlichen Aufwendungen.

Land Brandenburg

Die Stadtparkasse Schwedt ist aufgrund des Tarifvertrages über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Altersvorsorge-TV-Kommunal) vom 01.03.2002 verpflichtet, für die anspruchsberechtigten Beschäftigten und Auszubildenden eine zur Versorgung führende Versicherung bei einer kommunalen Zusatzversorgungskasse abzuschließen.

Die Sparkasse erfüllt diese Verpflichtung durch die Anmeldung der anspruchsberechtigten Mitarbeiter beim Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg – Zusatzversorgungskasse (ZVK) mit Sitz in Gransee.

Die ZVK ist eine kommunale Zusatzversorgungseinrichtung im Sinne des § 18 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG).

Das Vermögen der Kasse wird als Sondervermögen des Kommunalen Versorgungsverbandes Brandenburg geführt.

Die ZVK erhebt von den Arbeitgebern als Beteiligten Umlagen (§ 16). Der Umlagesatz wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen für den Deckungsabschnitt festgesetzt und betrug im Jahr 2010 1,1%. Daneben werden Zusatzbeiträge im Kapitaldeckungsverfahren (§ 18) erhoben. Dieser Zusatzbeitrag betrug im Jahr 2010 4%. Die Arbeitnehmerbeteiligung (§ 37a) von 2% vermindert den Zusatzbeitrag des Arbeitgebers.

Durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wurden die handelsrechtlichen Vorschriften zum Ansatz und zur Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen in erheblichem Umfang reformiert. Da im Falle von Versorgungseinrichtungen, insbesondere von Zusatzversorgungskassen ein Fehlbetrag (Unterdeckung) nicht verlässlich quantifiziert werden kann, wird auf eine Angabe verzichtet.

Für das Jahr 2011 sind voraussichtlich folgende Beiträge an die Zusatzversorgungskasse zu entrichten:

- Umlage 1,1 v. H.,
- Zusatzbeitrag 4,0 v. H.

Die Summe der umlagefähigen Gehälter betrug im Jahr 2010 3.840.396,75 €.

Die übrigen Rückstellungen wurden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden und von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Es besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB.

Strukturierte Produkte

Die strukturierten Produkte wurden einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bilanziert und bewertet.

1. Kauf eines Kapitalmarkt- Floater als Schuldscheindarlehen in Höhe von 5.000 Tsd. Euro (Partizipationsrate 99,15 % am 5-Jahres-Swapsatz)
2. Verkauf eines Kapitalmarkt-Floater als Inhaberschuldverschreibung in Höhe von 844 Tsd. Euro (Partizipationsrate 90 % am 5-Jahres-Pfandbriefsatz)

Derivative Finanzinstrumente / Bewertungseinheiten

Derivative Finanzinstrumente (Micro-/Macro-Hedge in Form von Zinsswaps) wurden zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt.

Micro-Hedge

Das Sicherungsinstrument wurde mit dem ihn zugeordneten Grundgeschäfte als Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zusammengefasst.

Das Bewertungsergebnis wird unter Anwendung der sogenannten Einfrierungsmethode innerhalb einer Bewertungseinheit mit dem Bewertungsergebnis des abgesicherten Grundgeschäftes in zulässigem Umfang verrechnet.

Risiko		Grundgeschäft		Sicherungsinstrument		Art der Bewertungseinheit	prospektive Effektivität
Variable	Art	Art	Betrag TEuro	Risiko	Betrag Euro		
Zins	kontrahierter Zahlungsstrom	Festverzinsliches SSD	10.000	Payer-Swap	10.000	Mirco-Hedge	Laufzeit- und Volumen-kongruenz

Macro-Hedge

Die zum Ende des Geschäftsjahres bestehenden Zinsswapgeschäfte zur Absicherung gegen allgemeine Zinsänderungsrisiken wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (GuV-orientiert) und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Art de Derivats	Volumen	Restlaufzeit	Variabler Referenzzinssatz
Payer-Swap	5.000.000 Euro	über 5 Jahre	6-M-Euribor
Payer-Swap	10.000.000 Euro	über 1 bis 5 Jahre	6-M-Euribor

Währungsumrechnung

Andere auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Kassakurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet worden.

Auf Fremdwährung lautende Bargeldbestände wurden zum Ankaufskurs der WestLB AG umgerechnet.

Die Erträge aus der Umrechnung der Sortenbestände wurden vollständig erfolgswirksam vereinnahmt.

II. Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite:

Posten 3: Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an die eigene Girozentrale	17.801.850,12 Euro
--	--------------------

Posten 4: Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

Forderungen an verbundene Unternehmen:

- Bestand am Bilanzstichtag	2.224.536,87 Euro
-----------------------------	-------------------

- Bestand am 31.12. des Vorjahres	0,00 Euro
-----------------------------------	-----------

Forderungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

- Bestand am Bilanzstichtag	48.630,93 Euro
-----------------------------	----------------

- Bestand am 31.12. des Vorjahres	2.465.136,71 Euro
-----------------------------------	-------------------

Forderungen mit Nachrangabrede:

- Bestand am Bilanzstichtag	300.000,00 Euro
-----------------------------	-----------------

- Bestand am 31.12. des Vorjahres	300.000,00 Euro
-----------------------------------	-----------------

Posten 5: Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert	125.038.862,18 Euro
---------------	---------------------

nicht börsennotiert	795.915,04 Euro
---------------------	-----------------

Posten 6: Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Gesamtbestand am Bilanzstichtag	75.756.233,93 Euro
---------------------------------	--------------------

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind

börsennotiert	0,00 Euro
---------------	-----------

nicht börsennotiert	760.440,00 Euro
---------------------	-----------------

Die Sparkasse hält folgende Anteile von mehr als 10% an inländischen Investmentvermögen im Sinn des § 1 InvG und ausländischen Investmentanteilen im Sinn des § 2 Abs. 9 InvG:

Klassifizierung nach Anlagezielen	Buchwert - TEuro -	Marktwert/ Anteilwert nach § 36 InvG	Differenz zwischen Marktwert und Buchwert - TEuro -	(Ertrags-) Ausschüttungen in 2010 - TEuro -
Mischfonds	74.996	76.224	1.228	2.566

Posten 8: Anteile an verbundenen Unternehmen

In diesem Posten sind enthalten:

Leasingobjektgesellschaft 4.806,14 Euro

Auf die Einbeziehung einer Leasingobjektgesellschaft im Sinne § 290 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 HGB in einen Konzernabschluss wurde wegen der untergeordneten Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verzichtet, weil die Bewertung des Leasingobjektes zum Zeitwert zu einer Veränderung des Konzerneigenkapitals von weniger als 5 % führen würde.

Posten 12: Sachanlagen

Der Bilanzwert der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt 729.994,99 Euro

Posten 13: Sonstige Vermögensgegenstände

Stille Beteiligung bei der Bayerischen Landesbank 381.291,88 Euro

Posten 14: Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten oder Anleihen 174.010,18 Euro

Bestand am 31.12. des Vorjahres 169.089,12 Euro

Posten 15. Aktive latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum 31. Dezember 2010 Steuerlatenzen.

Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 144,8 Tsd. Euro durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Die Steuerentlastungen resultieren mit 4.400,3 Tsd. Euro aus bilanziellen Ansatzunterschieden insbesondere bei der Forderungsbewertung.

Eine passive Steuerabgrenzung war demzufolge nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern wurde verzichtet.

Die Ermittlung der Differenzen erfolgte unter Zugrundelegung eines Steuersatzes von 28,075 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag).

Mehrere Posten betreffende Angaben:

Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände beläuft sich auf

7.765,72 Euro

Anlagenspiegel

Entwicklung des Anlagevermögens (in Tsd. Euro)									
	Anschaffungs-/Herstellungskosten				Zuschreibungen	Abschreibungen		Buchwerte	
	01.01.10 ¹⁾	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	lfd. Jahr	kumuliert	lfd. Jahr	31.12.10 ¹⁾	31.12.09 ²⁾
Immaterielle Anlagewerte	424,8	3,5	0	0	0	390,0	32,3	38,3	67,1
Sachanlagen	5.327,6	153,7	0	0	0	4.601,3	319,5	880,0	1.045,8
Sonstige Vermögensgegenstände	511,3	0	0	0	0	130	0	381,3	381,3
		Veränderungen +/-							
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					0			0	0
Beteiligungen					-11,6			2.033,1	2.044,6
Anteile an verbundenen Unternehmen					-45,2			4,8	50,0

1) Berichtsjahr

2) Vorjahr

Die Abschreibungen des laufenden Jahres sind kein rechnerischer Bestandteil des Anlagenspiegels. Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Die Fortführung der Spalte Anschaffungskosten ist wegen der Anwendung von § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV nicht möglich.

Beteiligungsspiegel

Die Sparkasse besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20 %:

Name und Sitz	Eigenkapital in Euro per 31.12.2010	Beteiligungsquote	Ergebnis 2010 in Euro
Eudiom Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Sparkassenneubau OHG	- 725.920,73	94 %	105.618,33

Passivseite:

Posten 1: Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

Der Gesamtbetrag der als Sicherheit für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten übertragenen Vermögensgegenstände beläuft sich auf 3.035.403,19 Euro

Posten 2: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen 143.056,68 Euro

Bestand am 31.12. des Vorjahres 57.405,25 Euro

Posten 6: Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Auszahlungsbetrag bzw. den Anschaffungskosten von Forderungen gegenüber dem höheren Nominalwert sind enthalten in Höhe von 22.738,00 Euro

Bestand am 31.12. des Vorjahres 37.263,11 Euro

Posten 7: Rückstellungen

Im Posten 7b) Steuerrückstellungen ist eine Rückstellung für latente Steuerverpflichtungen in Höhe von 0,00 Euro enthalten.

Bestand am 31.12. des Vorjahres 0,00 Euro

Posten 9: Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsen und andere Aufwendungen in Höhe von 430.918,79 Euro angefallen.

Die einzelnen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % des Gesamtbetrages übersteigen, sind wie folgt ausgestattet:

Betrag in Euro	Zinssatz %	Fälligkeit am	vorzeitige Betrag Rückzahlungsverpflichtung
1.000.000	6,10	26.06.2011	nein
1.000.000	5,05	19.08.2013	nein
1.000.000	4,87	26.03.2018	nein

Die Bedingungen der Nachrangigkeit bei diesen Mitteln entsprechen § 10 Abs. 5 a KWG. Die (sonstigen) Mittelaufnahmen sind im Durchschnitt mit 3,828 % verzinst. Die Ursprungslaufzeiten bewegen sich zwischen 5 und 10 Jahren. Im Folgejahr werden aus diesen Mittelaufnahmen 1.641,8 Tsd. Euro zur Rückzahlung fällig.

Posten 12: Eigenkapital

Die nicht realisierten stillen Reserven im Sinne des § 10 Abs. 2 b Satz 1 Nr. 7 KWG (anrechenbarer Betrag) betragen

1.263.667,49 Euro

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehende, nicht aus der Bilanz ersichtliche finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen gegenüber verbundenen Unternehmen belaufen sich auf 830.585,70 Euro.

Im Zusammenhang mit der Unterbeteiligung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes an einer Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG hat der Hauptbeteiligte gegenüber dem Unterbeteiligten Anspruch auf Ersatz seiner Finanzierungskosten, sofern die von der Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG erzielten Erträge nicht ausreichen, die Finanzierungskosten zu begleichen. In einem solchen Fall hat die Sparkasse die Verpflichtung übernommen, anteilig für den anfallenden Aufwendersersatz einzustehen.

Die Sparkasse hat darüber hinaus die Verpflichtung übernommen, für anfallende Zinsen aus einer Darlehensschuld des Ostdeutschen Sparkassenverbandes (Unterbeteiligter) einzustehen.

Ein Betrag, zu dem die Inanspruchnahme aus dem Haftungsverhältnis greifen kann, ist nicht quantifizierbar.

Restlaufzeitengliederung

Die gemäß § 9 RechKredV geforderte Gliederung der Forderungen und Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten ergibt sich für die folgenden Posten:

Posten der Bilanz	Restlaufzeit bis zu 3 Monaten	- mehr als 3 Monate bis zu 1 Jahr	- mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	- mehr als 5 Jahre
	Angaben in Euro			
Aktiva 3 b) andere Forderungen an Kreditinstitute	0,00	5.000.000,00	35.000.000,00	0,00
Aktiva 4 Forderungen an Kunden	5.938.437,14	16.493.385,12	55.332.896,86	93.050.610,54
Passiva 1 b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	539.502,02	881.089,61	4.995.810,06	10.840.276,34
Passiva 2 a ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	141.341,53	2.428.992,05	16.313.263,65	12.963,90
Passiva 2 b bb) Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.474.454,79	16.554.369,77	37.485.936,98	1.734.930,25
Passiva 3 b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00

Anteilige Zinsen der jeweiligen Aktiv- und Passivposten werden gemäß § 11 RechKredV nicht nach Restlaufzeiten aufgliedert.

Angabe der Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen):

	Euro
Posten Aktiva 5	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	37.650.971,30
Posten Passiva 3 a	
begebene Schuldverschreibungen	2.512.000,00

Im Posten Aktiva 4, Forderungen an Kunden, sind Forderungen in Höhe von 9.713.556,12 Euro mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

III. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Posten 10: Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die Position enthält Mietzahlungen aus einem Immobilien-Leasing-Vertrag mit einer vertraglich festgelegten Mietzeit von 22,5 Jahren seit dem 01. März 1995 in von

357.809,92 Euro

IV. Sonstige Angaben

Den Organen der Sparkasse gehören an:

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Polzehl, Jürgen

Bürgermeister

Stellvertretender Vorsitzender

Klinger, Bodo

Rentner (Diplomingenieur Chemie)

Mitglieder

Denzin, Doris

leitende Innenrevisorin

Engelmann, Kai

Firmenkundenberater

Giese, Jutta

Sozialpädagogin/Jugendgerichtshelferin

Kirsch, Ingeborg

Rentnerin (Diplombetriebswirtin)

Lichtenberg, Wolfgang

Projektleiter

Rauch, Claudia

Geschäftsführerin

Schindler, Frank

Privatkundenberater

Stellvertretende Mitglieder

Klockow, Heike

Bereichsleiterin Privatkundengeschäft

Grunwald, Elke

Rentnerin (Betriebswirtin Bauwesen)

Kambs, Simone

nicht berufstätig

Vorstand:

Vorsitzender

Klein, Dietrich

Mitglied

Dybowski, Jürgen

Mit nahestehenden Unternehmen und Personen haben wir ausschließlich marktübliche Geschäfte abgeschlossen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 16,2 Tsd. EUR.

Auf die Angabe der Bezüge des Vorstandes und der früheren Mitglieder des Vorstandes wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Pensionsrückstellungen für die früheren Mitglieder des Vorstandes und für die Hinterbliebenen betragen am 31.12.2010 773,5 Tsd. EUR.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite Höhe von 4,7 Tsd. EUR und den Mitgliedern des Verwaltungsrates in Höhe von 136,5 Tsd. EUR gewährt.

Im Geschäftsjahr wurde von dem Abschlussprüfer folgendes Gesamthonorar berechnet:

▪ für die Abschlussprüfungsleistungen	135,3 Tsd. Euro
▪ für andere Bestätigungsleistungen	0,0 Tsd. Euro
▪ für sonstige Leistungen	16,6 Tsd. Euro

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	61,2
Teilzeitkräfte	28,3
Auszubildende	6,5
Insgesamt	<u>96,0</u>

Schwedt, 21. April 2011

Der Vorstand



Lagebericht

Gliederung:

1. Rückblick 2010
2. Strategie und Geschäftsverlauf
3. Ertragslage
4. Finanz- und Vermögenslage
5. Risikobericht
6. Prognose- und Chancenbericht
7. Nachtragsbericht

1. Rückblick 2010

Die Weltwirtschaft setzte ihre bereits 2009 begonnene Erholung im Jahre 2010 fort. Die Rezession um den Jahreswechsel 2008/2009 in fast allen Regionen der Welt wurde damit in der Summe der Weltproduktion bereits recht schnell überwunden. Allerdings verlief die Erholung, mit großen Wachstumsunterschieden in den einzelnen Ländern.

Am größten war die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern Lateinamerikas und vor allem Asiens. Dies waren zudem diejenigen Länder, die zuvor auch von der Krise selbst am wenigsten betroffen waren. Die chinesische Wirtschaft zeigt sogar Anzeichen einer Überhitzung.

In vielen Industrieländern verläuft die Erholung dagegen bisher sehr zaghafte. Die Länder, die mit überhitzten Immobilienmärkten und einer zu hohen privaten und/oder öffentlichen Verschuldung in die Krise geraten sind, leiden noch immer unter dem Bereinigungsprozess dieser strukturellen Lasten.

In den USA ist die Lage weiterhin krisenhaft. Die Produktion hat sich dort leidlich erholt - allerdings hauptsächlich gestützt auf die sehr expansive Wirtschaftspolitik. Der Arbeitsmarkt bleibt bei Arbeitslosenquoten, die für amerikanische Erfahrungen ungewohnt hoch sind. Die US-Geldpolitik versucht, die Entwicklung, die unter Ausklammerung von verteuerten Rohstoff- und Lebensmittelpreisen mit der Kern-Preissteigerungsrate nahe der Null liegt, mit einer weiteren Runde eines „Quantitative Easing“ zu beleben. Die Federal Reserve kauft in diesem Zuge Staatsanleihen zur Ausweitung der Geldmenge.

Spannungen im Euroraum

Eine einzeln auf die schwächeren Länder ausgerichtete Geldpolitik oder eine gesonderte Abwertung über den Außenwert sind im einheitlichen Euroraum nicht möglich, obwohl manche Länder, die mit stagnierenden Arbeitsmärkten in einer fortgesetzten Anpassungsrezession stecken, eine solche durchaus gebrauchen könnten. Irland, Portugal, Spanien und vor allem Griechenland leiden in unterschiedlicher Zusammensetzung und Gewichtung unter den Problemen hoher Staatsverschuldung, geringer Wettbewerbsfähigkeit, maroden Bankensystemen und geplatzten Immobilienblasen.

Die an den Kapitalmärkten geforderten Risikoprämien für die Finanzierung dieser Länder sind 2010 deutlich gestiegen, in einer ersten Zuspitzung im Frühjahr und dann in einer erneuten Welle im Herbst. Mit dem Aufspannen eines Rettungsschirms und der Entwicklung eines langfristigen Stützungsmechanismus haben die Krisenländer im Euroraum Solidarität erfahren. Auch die Europäische Zentralbank hat eingegriffen und zwischen Mai und Dezember für über 70 Mrd. Euro Staatsanleihen gekauft. Ziel war hier anders als in den USA, nicht eine Ausweitung der Geldmenge, sondern die Funktionsfähigkeit der Märkte. Eine spürbare Eindämmung der Spreads für die Krisenländer ist letztlich aber nicht gelungen.

Die Anpassungslast liegt unvermeidbar vor allem bei den Krisenländern selbst. Sie müssen ihre Wachstumsperspektiven zwangsläufig durch größere Sparanstrengungen drosseln und zunächst ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen.

Deutschland in einer Sonderrolle

Deutschland nimmt eine Sonderrolle in der gespaltenen Entwicklung der Weltwirtschaft ein und bildet innerhalb des Euroraums den Kontrast zu den Problemländern. Gemessen an seinem Wachstum im abgelaufenen Jahr weist Deutschland sogar eine Dynamik auf, die durchaus mit dem Expansionstempo der Schwellenländer vergleichbar ist. Allerdings hatte es zuvor in der Rezession aufgrund seiner Exposition im Außenhandel einen großen Rückschlag hinnehmen müssen. Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands war 2009 um 4,7 % geschrumpft. Das Erholungstempo im Jahr 2010 ist in weiten Teilen schlicht einem korrigierenden Rückprall zuzuschreiben.

Dennoch stellen die im Gesamtjahr 2010 gemäß der ersten Schnellschätzung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Januar 2011 erreichten 3,6 % realwirtschaftlichen Wachstums eine beachtliche Leistung dar. Die Erholung ist schneller und kräftiger eingetreten als noch vor Jahresfrist erwartet.

Impuls zunächst vom Außenhandel

Der entscheidende Impuls für das Wachstum kam aber einmal mehr vom Export. Hier handelte es sich aber nicht allein um eine Erholung des Güteraustausches mit den Industrieländern. Deutschlands Ausfuhrsortiment profitiert darüber hinaus maßgeblich von seiner Ausrichtung auf Investitionsgüter. Diese sind gerade in den dynamisch wachsenden Schwellenländern gefragt. Die Ausfuhr dorthin hat ihr Vor-Rezessions-Niveau bereits 2010 überschritten.

Wenn Deutschland nun aber zum Wachstumsmotor der Eurozone geworden ist, nützt dies auch den Erholungsmöglichkeiten der Partnerländer. Erweist sich der Aufschwung als dauerhaft, beleben sich in der Folge auch die Binnennachfrage und die deutschen Importe. 2010 erhöhte sich das Importvolumen real bereits um 13,0 %.

Einsetzende Verschiebung der Antriebskräfte zur Binnenwirtschaft

In der zweiten Jahreshälfte haben sich die Wachstumskräfte zusehends zur Binnenwirtschaft verschoben. Die Binnenwirtschaft bestritt im Gesamtjahr bereits 2,5 Prozentpunkte des gesamten Wachstums von 3,6 %. Sowohl der private Konsum als auch die Investitionstätigkeit ist angesprungen.

Insgesamt dürften gemäß der ersten Schnellschätzung des Statistischen Bundesamtes die Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland 2010 real um 5,5 % zugenommen haben, darunter die Ausrüstungen um 9,4 % und die Bauten um 2,8 %. Letztere profitierten auch noch einmal von einer letzten Welle öffentlicher Baumaßnahmen im Zuge der Konjunkturpakete.

Die Konsumausgaben des Staates lagen 2010 real um 2,2 % höher als im Vorjahr, wuchsen also nur noch unterproportional.

Der seit einer ganzen Dekade praktisch stagnierende private Konsum konnte 2010 real um 0,5 % zulegen. Im Jahresverlauf zeigt sich sogar eine wachsende Dynamik.

Insgesamt hat die Sparquote als Anteil der privaten Ersparnis am verfügbaren Einkommen der Haushalte 2010 bei 11,4 % gelegen. Das sind 0,3 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.

Arbeitsmarkt als Erfolgsgeschichte

Eine Stütze der im Jahresverlauf gestiegenen Konsumfreudigkeit war mit Sicherheit die Zuversicht der Verbraucher fördernde, gut laufende Arbeitsmarkt. Er glänzte in Deutschland mit einer weiter steigenden Erwerbstätigenzahl, was besonders im internationalen Vergleich, aber auch mit Blick auf die deutschen Erfahrungen mit früheren Rezessionszyklen sehr beachtlich ist.

Dank der schnell und stark einsetzenden Erholung wurden die allermeisten Kurzarbeitsregelungen mit einer Rückkehr in Normalbeschäftigung beendet, in manchen Branchen zuletzt gar wieder in eine von Überstunden und Sonderschichten geprägten Situation geführt. Neben den formalen Kurzarbeitsprogrammen haben viele Betriebe über den Zyklus sehr flexibel Arbeitszeitkonten genutzt. Das Beschäftigungsvolumen in Stunden hat deutlich stärker geatmet als es die fast konstant gebliebene Kopfzahl der Beschäftigten suggeriert hat. Die je Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden nahmen 2010 um 2,0 % zu.

Der deutsche Arbeitsmarkt hat in Rezession und Erholung die Ernte der Lohnzurückhaltung im vorangegangenen Boom geerntet, hat die geschaffenen Reserven bei Ertragslage und Lohnstückkosten nutzen können. Gleichzeitig hat ein Strukturwandel stattgefunden. In der Industrie gingen 2009 und 2010 durchaus Arbeitsplätze verloren; dies konnte aber von der Expansion des Dienstleistungssektors überkompensiert werden.

Mit 40,5 Millionen Erwerbstätigen waren 2010 so viele Menschen in der deutschen Wirtschaft tätig wie noch nie zuvor. Und zuletzt wurden auch wieder vorwiegend sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen neu geschaffen. Mit der Rückkehr zu Normalarbeitszeiten war 2010 zudem ein Anstieg der tatsächlich ausgezahlten Löhne verbunden, was den Konsum angeregt hat.

Preisentwicklung im Rahmen; Wirtschaftspolitiken noch auf Expansionskurs

Die Verbraucherpreise sind 2010 in Deutschland um gut ein Prozent gestiegen. Die moderate Entwicklung ist im Zusammenhang mit der geringen Kapazitätsauslastung zu sehen.

Die Finanzpolitik blieb derweil 2010 noch stimulierend wirksam. Die in vielen Ländern 2009 aufgelegten Konjunkturprogramme wirkten in vielen Komponenten 2010 noch fort, so auch in Deutschland.

Gemessen an der tatsächlich eingetretenen konjunkturellen Entwicklung kann das Timing der Konjunkturpakete als sehr glücklich und gelungen eingeordnet werden. Insgesamt hat sich 2010 mit 3,5 % des Bruttoinlandsproduktes das höchste Defizit des Gesamtstaates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des aktuellen Zyklus ergeben. Die sich im Jahresverlauf 2010 bereits deutlich erholenden Steuereinnahmen haben eine größere Neuverschuldung verhindert. Die Finanzierungslücke der öffentlichen Haushalte blieb nicht zuletzt wegen der guten Arbeitsmarktlage deutlich unter den ursprünglichen Budgetplanungen.

IT-Migration in der Stadtparkasse Schwedt

Neben den gesamtwirtschaftlichen Einflüssen war das Jahr 2010 in der Stadtparkasse Schwedt geprägt durch die IT-Migration.

Rückwirkend zum 1. Januar 2008 erfolgte die Fusion der Sparkassen Informatik und der FinanzIT zur Finanz Informatik. Durch diese Konzentration der Rechenzentren sollen Kompetenzen gebündelt, Entwicklungszeiten verkürzt und ab dem Jahr 2012 erhebliche Kostensynergien realisiert werden. Im Rahmen der Rechenzentrumsfusion wurde die Entscheidung über die einzusetzende IT-Plattform zu Gunsten des Kernbanksystems „OSPlus“ getroffen.

Das im Jahresverlauf 2010 in der Stadtsparkasse Schwedt durchgeführte Projekt zur IT-Migration wurde mit Cut-Over am 25. Oktober 2010 abgeschlossen und führte zu einer Umstellung aller Konten und Anwendungen der Sparkasse.

2. Strategie und Geschäftsverlauf

2.1 Strategie

Die Stadtsparkasse Schwedt agiert in einem Geschäftsgebiet, das wie in den Vorjahren durch Bevölkerungsrückgang und sinkende Kaufkraft gekennzeichnet ist. Deshalb, sowie durch die Verpflichtung zur Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) wurde die bisherige geschäftspolitische Ausrichtung der Sparkasse 2007 durch eine Geschäftsstrategie fortentwickelt und akzentuiert. Basierend auf einer Analyse der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken wurden geschäftspolitische Schwerpunkte formuliert. Für diese geschäftspolitischen Schwerpunkte werden die Ressourcen der Stadtsparkasse Schwedt eingesetzt.

Im Jahr 2009 wurde die Strategie einem Update unterzogen und bis 2014 fortgeschrieben.

Ziel der Geschäftsstrategie ist es, durch Erfüllung der Anforderungen des DSGVO-Risikomonitorings, die Selbständigkeit der Sparkasse langfristig zu sichern. Die Erfüllung des öffentlichen Auftrags im Sinne des § 2 des Brandenburgischen Sparkassengesetzes, insbesondere die Finanzierung und Begleitung kleiner und mittelständischer Unternehmen, steht dabei ebenfalls im Vordergrund.

Unter dem Leitbild „fair, günstig, gut“ stehen die nachfolgenden Unternehmensziele im Fokus der geschäftspolitischen Aktivitäten der Sparkasse:



Zur Schärfung des Sparkassenprofils im Rahmen der Geschäftsstrategie galten weiterhin folgende Weichenstellungen:

Um die Nähe zu den Kunden zu erhalten und insbesondere stärker auf die Bedürfnisse von Senioren eingehen zu können, bleiben im Privatkundengeschäft die Geschäftsstellenstandorte bestehen.

Die Kreditfinanzierung soll die Basis für den Ausbau im Einlagen- und Dienstleistungsbereich für das Firmenkundengeschäft sein.

Das Kundenkreditgeschäft genießt in der Stadtsparkasse Schwedt absolute Priorität. Daher werden im Eigengeschäft der Sparkasse die Mittel angelegt, die nicht im Kundenkreditgeschäft benötigt werden. Die Anlage der Mittel erfolgt bei überschaubarem Risiko und mit möglichst effizienter Ressourcen- und Risikoallokation.

Zur Optimierung der Organisation der Sparkasse sollen alle Prozesse so schlank wie möglich und dabei vertriebs- und kundenorientiert gestaltet werden. Erfolgreiche Konzepte des Ostdeutschen Sparkassenverbands und des Rechenzentrums werden grundsätzlich übernommen, Individualisierungen und Eigenentwicklungen unterbleiben.

Eine konsequente Personalpolitik trägt den steigenden Anforderungen der Kunden Rechnung, die zwangsläufig und unmittelbar auch zu steigenden Anforderungen an die Mitarbeiterschaft führen. Deshalb wird die Sparkasse ihre gezielte Mitarbeiter- und Nachwuchsförderung weiter ausbauen.

Im Hinblick auf die Neufassung der MaRisk und den andauernden demographischen Wandel mit Alterung und Rückgang der Bevölkerung wird die Sparkasse im Laufe des Jahres 2011 ihre Geschäftsstrategie überarbeiten, um längerfristig eine ausreichende Rentabilität und Solvabilität sicherzustellen.

Im Jahr 2010 beschäftigte die Stadtsparkasse Schwedt 9 Auszubildende. Das entspricht einer Ausbildungsquote von 9,4 % (Vorjahr: 7 Auszubildende, Ausbildungsquote: 7,1 %).

Zum Jahresende 2010 beschäftigte die Sparkasse wie im Vorjahr nach Köpfen 98 Mitarbeiter, deren Qualifikation dem individuellen Anforderungsprofil der ausgeübten Tätigkeit entspricht.

Im Hinblick auf die weiter steigende Automatisierung des Bankgeschäfts und die hohe Nutzung des Internetbankings geht die Sparkasse von einer moderaten Reduzierung ihrer Beschäftigtenzahl in den nächsten Jahren aus.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Bilanzsumme

Die Bilanzentwicklung der Sparkasse verlief zufriedenstellend. Die Bilanzsumme der Stadtsparkasse Schwedt beträgt zum 31. Dezember 2010 444,4 Mio. Euro. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 4,8 Mio. Euro bzw. 1,1 %. Dieser Rückgang resultiert aus dem Abbau von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (- 17,8 Mio. Euro), der den deutlichen Zuwachs der Kundeneinlagen (+ 10,5 Mio. Euro) überkompensiert. Auf der Aktivseite verringerten sich die Brutto-Kundenforderungen (nach den Zahlen der Statistik „Geschäftsentwicklung“) leicht um 2,1 Mio. Euro, während moderate Zuwächse der Eigenanlagen (3,7 Mio. €) zu verzeichnen waren. Die Forderungen gegenüber Kreditinstituten wurden um 2,5 Mio. Euro zurückgeführt.

2.2.2 Kundengeschäft

2.2.2.1 Einlagengeschäft

Die Kundeneinlagen erhöhten sich trotz eines Bevölkerungsrückgangs von 1,5 % im Geschäftsgebiet stichtagsbezogen wiederum um 10,5 Mio. Euro (2,7 %) auf 401,3 Mio. Euro. Vor allem bei den Spareinlagen konnte mit 9,1 Mio. Euro (+8,5 %) ein deutlicher Zuwachs erreicht werden. Auch die Sichteinlagenbestände sind leicht gestiegen (+3,6 Mio. Euro), wogegen die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit inkl. nachrangiger

Verbindlichkeiten um 0,7 Mio. Euro sanken. Der Bestand der Eigenemissionen reduzierte sich um 1,5 Mio. Euro.

2.2.2.2 Kundenkreditgeschäft

Das gesamte Bruttokreditvolumen (nach den Zahlen der Statistik "Geschäftsentwicklung") verringerte sich um 2,1 Mio. Euro auf 187,1 Mio. Euro. Davon entfallen 84,2 Mio. Euro auf Privatpersonen, 78,1 Mio. Euro auf Unternehmen und Selbständige sowie 24,8 Mio. Euro auf öffentliche Haushalte und andere Kreditnehmer.

Im Jahr 2010 sagte die Stadtsparkasse Schwedt neue Kredite im Volumen von 30,6 Mio. Euro zu (Vorjahr 41,6 Mio. Euro).

Während die Darlehenszusagen an Privatpersonen nahezu auf dem Niveau des Vorjahres liegen (12,8 Mio. Euro), sind die Zusagen an Unternehmen um 3,2 Mio. Euro sowie an öffentliche Haushalte um 6,5 Mio. Euro geringer als im Vorjahr.

Schwerpunkte des gewerblichen Kreditportefeuilles liegen, wie auch in den Vorjahren, in den Branchen Grundstücks- und Wohnungswesen, Industrie, Kfz-Handel, Baugewerbe und kommunalnahe Unternehmen. Konjunktur- und strukturbedingt verbinden sich mit diesen Branchen zum Teil besondere Risiken. Der Anteil der Brutto-Kundenkredite an der Bilanzsumme liegt mit 40,8 % weiterhin deutlich über dem Durchschnittswert der Brandenburgischen Sparkassen (30,8 %).

2.2.2.3 Dienstleistungsgeschäft

Der Nettoabsatz an Kunden im Wertpapiergeschäft liegt mit 2,2 Mio. Euro leicht über dem Vorjahr (1,8 Mio. Euro).

Die Bestände in den Wertpapierdepots der Kunden (inkl. eigener Inhaberschuldverschreibungen) erhöhten sich um 3,0 Mio. Euro auf 26,8 Mio. Euro. Auch die Bestände der DekabankDepots stiegen um 2,5 Mio. Euro auf 35,9 Mio. Euro.

Das Vermittlungsgeschäft für Bausparverträge blieb hinter dem Vorjahr zurück, dagegen lag das Versicherungsgeschäft über dem Ergebnis des Vorjahres.

2.2.3 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 17,8 Mio. Euro auf 18,3 Mio. Euro. So hat die Sparkasse im Jahr 2010 institutionelle Refinanzierungen gegen Zahlung von Vorfälligkeitsentschädigungen abgelöst. Die verbleibenden Mittel dienen zum überwiegenden Teil der fristenkongruenten Refinanzierung des Kundenkreditgeschäfts (Weiterleitungsmittel).

2.2.4 Eigenanlagengeschäft

Der Gesamtbestand der Eigenanlagen blieb unverändert bei 197,3 Mio. Euro (netto). Hervorzuheben ist ein Spezialfonds mit einem Gesamtbuchwert von 75,0 Mio. Euro (Vorjahr 73,0 Mio. Euro).

Der Bestand an Forderungen aus Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefen wurden im Jahr 2010 nicht verändert.

3. Ertragslage

3.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung der Ertragslage war wiederum sehr zufriedenstellend. Das Betriebsergebnis vor Bewertung erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,34 Mio. Euro. Gemessen an der

Planung für das Jahr 2010 ist das Betriebsergebnis vor Bewertung um 1,41 Mio. Euro höher ausgefallen.

Die Bewertungsaufwendungen von 0,42 Mio. Euro lagen unterhalb des Vorjahresniveaus und resultieren ausschließlich aus Bewertungsaufwendungen für die Eigenanlagen der Sparkasse. Das Kundenkreditgeschäft weist per Saldo ein leicht positives Bewertungsergebnis auf.

Nach Abzug des Steueraufwandes verbleibt ein verfügbarer Gewinn von 3,54 Mio. Euro (+ 1,49 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr).

3.2 Gliederung der Ertragspositionen

Die Ertragslage wird in der nachfolgenden Gliederung dargestellt:

Position	31. Dez. 2009 in Mio. EURO	31. Dez. 2010 in Mio. EURO
Zinsüberschuss	10,74	11,55
Provisionsüberschuss / sonst. ordentl. Erträge	2,58	2,48
<i>Summe ordentliche Erträge</i>	<u>13,32</u>	<u>14,03</u>
<i>Summe ordentliche Aufwendungen</i>	<u>-8,58</u>	<u>-8,93</u>
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	0,01	0,00
Betriebsergebnis I (vor Bewertung)	<u>4,76</u>	<u>5,10</u>
<i>Summe Bewertungsergebnis</i>	<u>-1,45</u>	<u>-0,42</u>
Betriebsergebnis II (nach Bewertung)	<u>3,31</u>	<u>4,68</u>
Neutrales Ergebnis	-0,15	-0,38
Ertragssteuern	-1,11	-0,75
Verfügbarer Gewinn	<u>2,05</u>	<u>3,54</u>

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

3.2.1 Zinsüberschuss

Der gestiegene Zinsüberschuss resultiert aus dem Anstieg des jahresdurchschnittlichen Geschäftsvolumens im Vergleich zum Vorjahr. Wie in der Vergangenheit setzte sich die angestiegene Präferenz der Kunden für kurzfristig verfügbare Anlagen auch im Jahresverlauf 2010 fort.

Dabei profitierte die Sparkasse von dem deutlichen Zufluss an Einlagen, der weiterhin „steilen“ Zinsstrukturkurve mit niedrigen kurzfristigen und „relativ hohen“ langfristigen Zinsen.

3.2.2 Provisionsüberschuss/sonstiger ordentlicher Ertrag

Der Provisionsüberschuss/sonstiger ordentlicher Ertrag hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,10 Mio. Euro verringert.

Dabei sind vor allem die Provisionserträge aus dem Kundenwertpapiergeschäft deutlich zurückgegangen.

3.2.3 Ordentlicher Aufwand

Der Personalaufwand liegt 0,26 Mio. Euro oberhalb des Vorjahresniveaus. Der Anstieg der Personalaufwendungen ist im Jahr 2010 zum einen durch den Sondereffekt der Rechenzentrumsmigration auf OSPlus geprägt und daraus resultierenden höheren Personalkapazitäten. Der zweite maßgebliche Einflussfaktor ist die Zahlung einer unternehmenserfolgsabhängigen Vergütung gemäß Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Das Jahr 2010 wurde durch den kompletten Wechsel aller IT-Anwendungen auf „OSPlus“ geprägt. Die damit verbundenen Aufwendungen führten zu einem Anstieg der Sachaufwendungen gegenüber dem Vorjahr.

3.2.4 Bewertungsergebnis

Das Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft weist einen leicht positiven Wert auf. Begünstigt durch die konjunkturelle Erholung konnte bei zahlreichen Engagements das Risiko deutlich reduziert werden.

Die Stadtparkasse Schwedt hat, wie auch in den Vorjahren, die Eigenanlagebestände nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die Zinssteigerungen zum Jahresende 2010 und die spürbare Nervosität der Märkte auf Grund der Krise der Europeripheriestaaten führten zu moderaten Bewertungsaufwendungen von 0,43 Mio. Euro.

Bewertungsaufwendungen aus Adressenausfällen im Eigenanlagegeschäft bestehen nicht.

Des Weiteren hat die Sparkasse die Bewertung einer Beteiligung i.H.v. 0,03 Mio. EUR vorgenommen.

3.2.5 Neutrales Ergebnis

Das neutrale Ergebnis liegt mit - 0,38 Mio. Euro oberhalb des Niveaus des Vorjahres und wird wesentlich geprägt durch die vorzeitige Rückführung von institutionellen Refinanzierungen und die damit verbundenen Vorfälligkeitsentschädigungen.

3.2.6 Ertragssteuern

Insgesamt ergibt sich ein Betriebsergebnis vor Steuern von 4,30 Mio. Euro. Die darauf entfallenden Ertragssteuern belaufen sich auf 1,17 Mio. Euro, davon 0,52 Mio. Euro Gewerbesteuer. Im Wesentlichen durch die Auflösung von Steuerrückstellungen für 2009 von 0,40 Mio. Euro ergibt sich der Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung von 0,75 Mio. Euro.

4. Finanz- und Vermögenslage

Die Finanz- und Vermögenslage der Sparkasse ist geordnet und solide.

Nach dem Beschluss über die Zuführung aus dem Bilanzgewinn 2010 sowie die Vorwegzuführung wird sich die Sicherheitsrücklage auf 16,56 Mio. Euro (+ 9,2 %) erhöhen. Daneben verfügt die Sparkasse über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel gemäß § 10 KWG - bezogen auf die Eigenmittelanforderungen per 31. Dezember 2010 - überschreitet - wie auch in den Vorjahren - mit 19,7 % deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8,0 %. Die Kernkapitalquote der Sparkasse beträgt zum 31. Dezember 2010 11,9 %. Die Basis für eventuelle künftige Geschäftsausweitungen ist somit gegeben.

Die Sparkasse verfügt über umfangreiche stille Reserven nach § 26 a KWG (a. F.) und § 340 f HGB. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen wurde den erkannten Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr auf Grund einer angemessenen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Die Grundsätze über Eigenkapital und Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften, die jederzeit eingehalten waren, wurden entsprechende Guthaben bei der zuständigen Zentralbank unterhalten. Die nach dem neuen Liquiditätsgrundsatz berechnete Liquiditätskennziffer beträgt zum 31. Dezember 2010 5,63 und liegt damit deutlich über dem Mindestwert von 1,00.

5. Risikobericht

5.1 Risikomanagement

Die im Rahmen dieses Berichtes betrachteten Risiken definiert die Stadtparkasse Schwedt folgendermaßen:

- **Adressenausfallrisiken**
Unter Adressenausfallrisiken versteht man die Gefahr eines teilweisen oder vollständigen Ausfalls vertraglich zugesagter Leistungen der Geschäftspartner. Diese Risiken bestehen insbesondere in Form von Bonitätsverschlechterungs- als auch Ausfallrisiken sowohl im gewerblichen Kundenkreditgeschäft als auch im Eigenanlagegeschäft der Sparkasse. Auf Gesamtbankebene ist zusätzlich der Grad der Diversifikation des Kreditportfolios entscheidend (Strukturrisiko).
- **Marktpreisrisiken**
Unter dem Marktpreisrisiko versteht man mögliche Wertverluste bei Finanztransaktionen, die durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Aktien- und Fremdwährungskursen eintreten können. Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung zum Bewertungs- (31. Dezember) oder Realisationsstichtag zu Abschreibungen führen oder bei barwertiger Betrachtung zu einer Barwertminderung. Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch als Teil der Marktpreisrisiken bestehen in der aus einer Änderung des Marktinzses resultierenden Veränderung des Wertes von Finanzinstrumenten des Anlagebuches.
- **Liquiditätsrisiken**
Unter dem Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen, d. h. Zahlungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen kann.
- **Operationelle Risiken**
Beim operationellen Risiko handelt es sich um "die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten."

5.2 Strategien, Prozesse, Struktur und Organisation

Gemäß den Vorgaben der MaRisk sind die Risikostrategien der Stadtparkasse Schwedt konsistent zur Geschäftsstrategie und berücksichtigen alle wesentlichen Risiken. Neben einer übergreifenden Gesamtrisikostrategie hat die Sparkasse Teilstrategien für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken verabschiedet. Art und Umfang der Risikoübernahme sowie des Umgangs mit den Risiken

ergeben sich aus Aktivitäten in den einzelnen Geschäftsfeldern, welche im Rahmen der Geschäftsstrategie festgelegt wurden.

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategien, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation, die Überwachung der Risiken aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Der Bereich Gesamtbanksteuerung der Sparkasse, der dem Marktfolgevorstand zugeordnet ist, übernimmt das operative Risikocontrolling und trägt die Verantwortung für das Risikoreporting aller Risikoarten. Die operative Risikosteuerung wird in der Sparkasse wahrgenommen durch: den Bereich Firmenkunden/Baufinanzierung, den Bereich Marktfolge Aktiv sowie einen Internen Anlageausschuss. Ein weiterer Bestandteil des internen Kontrollsystems i. S. der MaRisk ist der Bereich Revision.

Als wesentliche Risiken wurden für die Stadtparkasse Schwedt Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken definiert.

Die Sparkasse nimmt das Management der Adressenausfall- und der Marktpreisrisiken sowie der operationellen Risiken auf Basis einer Risikotragfähigkeitbetrachtung vor. Diese werden im Rahmen einer Gesamtrisikotragfähigkeitsberechnung ermittelt und limitiert. Dazu wird auf Basis der operativen Ertragskraft der Sparkasse und der vorhandenen Reserven nach § 26 a KWG sowie §§ 340 f und g HGB das Risikodeckungspotenzial ermittelt. Für die Szenarien „Planszenario“ und „Risikoszenario“ erfolgt die Definition der maximal einsetzbaren Risikodeckungsmasse, die auf Adressenausfall-, Marktpreisrisiken und operationelle Risiken verteilt werden. Die Höhe der Limitierung sowie die Auslastung der vergebenen Limite werden regelmäßig im Rahmen von Risikoanalysen überprüft. Dabei werden sowohl erwartete als auch Stressszenarien berücksichtigt. Diese Herangehensweise ermöglicht das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer ertragsorientierten Gesamtbanksteuerung.

Auf diese Weise stellt die Sparkasse sicher, dass zur Abschirmung der potentiellen Risiken jederzeit ausreichendes Eigenkapital vorhanden ist.

5.3 Risikoreporting

Der Gesamtvorstand sowie der Verwaltungsrat der Sparkasse werden regelmäßig umfassend über die Risikotragfähigkeit, die Risiken i. S. der MaRisk sowie die Limitauslastung informiert.

Der Bericht über die Risikotragfähigkeit der Sparkasse wird vierteljährlich erstellt. Über die einzelnen Risikoarten wird in spezifischen Einzelreports berichtet. Abhängig von der Bedeutung der Risikoarten werden quartalsweise Risikoberichte, sowie zum Teil monatliche und wöchentliche Teilauswertungen erstellt. Diese werden dem Gesamtvorstand sowie den verantwortlichen Bereichen zur Verfügung gestellt. Der Verwaltungsrat der Sparkasse erhält einen vierteljährlichen Risikobericht. Die Berichterstattung zum Operationellen Risiko erfolgt in jährlichem Rhythmus. Verantwortlich für das Risikoreporting sowie die angewandten Methoden ist der Bereich Gesamtbanksteuerung. Neben dem periodischen Managementreporting existieren zusätzlich Regelungen für ein ad-hoc-Frühwarnsystem.

5.4 Adressenausfallrisiken

Diese Risiken bestehen insbesondere auch in Form von Bonitätsverschlechterungs- und Ausfallrisiken im gewerblichen Kundenkreditgeschäft.

Durch diverse quantitative und qualitative Steuerungsinstrumente (z. B. gruppeninternes Ratingsystem, Berichtswesen, gegebenenfalls Einschränkungen bei der Kreditvergabe) und die Umsetzung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement wird ein

risikoreduzierender und -begrenzender Einfluss erzielt. Daneben hat die Sparkasse ein System von Limiten zur Risikofrüherkennung struktureller Portfoliorisiken implementiert. So erfolgt eine Überwachung der ungesicherten Kredit- und Darlehensvolumina in potentiell ausfallgefährdeten Risikoklassen. Zur Steuerung der Risikokonzentrationen im Kundenkreditgeschäft nutzt die Sparkasse eine quantitative und qualitative Limitierung von granularitätsrelevanten Krediten und Darlehen. Neben einer vierteljährlichen Berichterstattung an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse erfolgt eine monatliche Überprüfung und Überwachung dieser Limite.

Die wirtschaftlich schwierige Lage des Geschäftsgebiets, die durch eine unterdurchschnittliche Kaufkraft, Abwanderung und eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, führt zu einem schwach ausgeprägten Immobilienmarkt in der Region Schwedt. Daher ist eine besonders vorsichtige Bewertung aller Immobiliarsicherheiten erforderlich. Die Beherrschung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft ist für die Sparkasse von höchster Bedeutung.

Adressenausfallrisiken bestehen auch im eigenen Wertpapiergeschäft. Risikokonzentrationen bestehen im Landesbankensektor. Zur Steuerung dieser Risiken dienen vom Vorstand beschlossene Volumenlimite für Kontrahenten und Emittenten. Limitentscheidungen gehen entsprechende Voten der organisatorisch bis auf Vorstandsebene getrennten Einheiten von Handel und Risikocontrolling voraus. Für Kaufentscheidungen werden neben dem Rating von Ratingagenturen (S & P, Moody's) auch aktuelle Entwicklungen und eigene Erkenntnisse berücksichtigt. Die Überwachung der Limite erfolgt fortlaufend.

Die Sparkasse hält in ihren Direktanlagen keine Unternehmensanleihen oder Staatsanleihen außerhalb der Zone A. Zur Ausnutzung von Diversifikationseffekten erfolgt in begrenztem Umfang die Anlage in Corporates- und Emerging-Markets-Fonds im Rahmen des Spezialfonds der Sparkasse.

Die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken der Sparkasse erfolgt entsprechend den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement vierteljährlich gegenüber dem Vorstand und dem Verwaltungsrat der Sparkasse.

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit und zur Erfüllung des öffentlichen Auftrages geht die Sparkasse Beteiligungen sowohl mit strategischem als auch kreditsubstituierendem Charakter ein. Neben der vierteljährlichen Überwachung im Rahmen des Adressenrisikoberichtes erfolgt jährlich eine vollumfängliche Berichterstattung über die Beteiligungsrisiken gegenüber Vorstand und Verwaltungsrat der Sparkasse.

5.5 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus den Veränderungen der Marktpreise für Wertpapiere und Derivate ergeben. Diese Marktrisiken werden mit dem Ziel gesteuert, Ertragschancen wahrzunehmen, ohne die finanziellen Ressourcen unangemessen zu belasten. In der Sparkasse werden Marktpreisrisiken nach einem Value-at-Risk-Konzept bewertet (Basis: 10 Tage Haltedauer, 99,00 % Konfidenzniveau).

Unter Berücksichtigung von 250 Handelstagen wurden mögliche Marktschwankungen unterstellt. Diese werden täglich in Relation zu einer Verlustobergrenze gesetzt, die vom Vorstand unter Berücksichtigung der Ertragslage, der Eigenkapitalausstattung und der stillen Reserven festgelegt wird.

Die Limitauslastung der Marktpreisrisiken wird wöchentlich an den Marktfolgevorstand berichtet. Daneben erfolgt eine vierteljährliche Berichterstattung an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse.

Als Frühwarnindikator hat die Sparkasse die Warnschwelle von 70 % der Limitauslastung definiert. Diese löst eine unverzügliche Berichtspflicht sowie eine Positionierung des Vorstandes zur weiteren Vorgehensweise der Sparkasse aus.

Zinsänderungsrisiken bestehen für das Anlagebuch der Sparkasse durch Fristeninkongruenzen zwischen den Aktiv- und Passivmitteln. Im Hinblick auf die nach wie vor steigende Präferenz der Kundschaft für Einlagen mit sehr kurzfristiger Zinsbindung und die zunehmende Wettbewerbsintensität hat die sachgerechte Steuerung der Zinsänderungsrisiken nach wie vor einen hohen Bedeutungswert.

Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos der Sparkasse erfolgt GuV-basiert. Dazu wurde das Zinsänderungsrisiko des Anlagebuches vierteljährlich mittels des dynamischen Elastizitätskonzepts analysiert und überwacht. Mit der Rechenzentrumsmigration erfolgte im Jahr 2010 ein Systemwechsel. Mit Analysestichtag 31. Dezember 2010 setzt die Sparkasse das Konzept der Margenplanung (Ablaufkationen) ein. Eine entsprechende Berichterstattung erfolgt an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse. Neben der periodischen Steuerungsebene berücksichtigt die Sparkasse bei ihren Entscheidungen zusätzlich die Auswirkungen auf den aufsichtsrechtlichen Zinsrisikokoeffizienten.

Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos und zur Margensicherung großer Einzelgeschäfte setzt die Sparkasse Zinsderivate ein. So hält die Sparkasse derzeit Zinsswaps mit einem Volumen von 25,0 Mio. Euro und einem Kreditäquivalenzbetrag von 0,85 Mio. Euro im Bestand.

5.6 Liquiditätsrisiken

Die kurzfristige Liquidität ist durch eine abgestimmte Disposition sichergestellt. Zu diesem Zweck werden neben den laufenden Guthaben auch situativ Termin- und Tagesgelder unterhalten. Im Bedarfsfall stehen Kreditlinien bei Kontrahenten zur Verfügung. Zudem kann sich die Sparkasse über Offenmarktgeschäfte bei der EZB refinanzieren. Die langfristige Liquidität der Sparkasse ist daher nachhaltig gegeben. Die Sparkasse verfügt über eine breit aufgestellte, durch das Retailgeschäft bestimmte, Refinanzierungsbasis. Risikokonzentrationen bestehen daher nicht.

Mit einer Liquiditätskennzahl von 5,63 zum 31. Dezember 2010 verfügt die Sparkasse über eine komfortable Liquiditätsausstattung. In Umsetzung der Anforderungen der MaRisk hat die Sparkasse ein Ampelmodell zur Überwachung des Liquiditätsrisikos eingeführt. Dabei wird auf Basis von Szenarioanalysen das potentielle Liquiditätsrisiko ermittelt. Das Unterschreiten definierter Schwellenwerte führt zu einer ad-hoc-Berichtspflicht an den Vorstand. Somit ist die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Sparkasse gesichert.

Das Liquiditätsreporting erfolgt vierteljährlich an den Vorstand und den Verwaltungsrat der Sparkasse. Daneben wird die quantitative Einhaltung des Ampelmodells monatlich überwacht und der Vorstand im Rahmen eines Management-Information-Systems über den Ampelstatus informiert.

Des Weiteren hält die Sparkasse entsprechend den Regelungen der MaRisk eine Notfallplanung zur Liquiditätsbeschaffung vor, welche regelmäßig überprüft und aktualisiert wird.

5.7 Operationelle Risiken

5.7.1. Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bestehen latent im Kreditgeschäft im Rahmen der Gestaltung der Kredit- und Sicherheitenverträge. Hier ist sichergestellt, dass ständig die jeweils aktuellen Verträge des Deutschen Sparkassenverlages zum Einsatz kommen und dass die Mitarbeiter in ausreichendem Maße über Rechtsänderungen und deren Auswirkungen informiert werden.

Die Rechtsrisiken im Wertpapiergeschäft werden wie im Kundengeschäft ebenfalls durch den Einsatz der jeweils aktuellen Vordrucke des Deutschen Sparkassenverlages und die obligatorischen Schulungen für alle Kundenberater minimiert.

Im Depot A-Bereich werden die von den Spitzenverbänden der Deutschen Kreditwirtschaft empfohlenen Rahmenverträge eingesetzt und die allgemeinen Handelsusancen beachtet.

5.7.2. Betriebsrisiken

Betriebsrisiken werden insbesondere im technischen und organisatorischen Bereich gesehen. Für den technischen Bereich (Ausfall von Soft- und Hardware sowie von Kommunikationsmitteln) existiert ein Notfallkonzept. Um organisatorische Risiken zu verhindern, wird konsequent an einem schlanken und effizienten Regelungs- und Kompetenzsystems gearbeitet. Dabei wird auch den Anforderungen des internen Kontrollsystems Rechnung getragen.

5.7.3. Risikosteuerung operationeller Risiken

Zur Steuerung der operationellen Risiken besteht ein Schwerpunkt in der Identifizierung und Früherkennung dieser Risiken. Dazu hat die Sparkasse die Verfahren des DSGVO „Risikolandkarte“ und „Schadensfalldatenbank“ implementiert.

Die Risikoberichterstattung an den Vorstand und den Verwaltungsrat erfolgt in jährlichem Rhythmus. In 2010 gab es keine nennenswerten Schadensfälle.

5.8 Solvabilitätsverordnung

Die Ermittlung der Adressenrisikopositionen nach Solvabilitätsverordnung erfolgt auf Basis des Kreditrisikostandardansatzes.

Für die Eigenmittelunterlegung der operationellen Risiken wendet die Sparkasse den Basisindikatoransatz an.

6. Prognose- und Chancenbericht

6.1 Gesamtwirtschaftliche Perspektiven

Fortsetzung einer moderaten Erholung

Deutschland sieht sich weiterhin einem ausgesprochen günstigen und gut ausbalancierten gesamtwirtschaftlichen Szenario gegenüber: Die Beschäftigung steigt, die Ertragslage im Unternehmenssektor ist gut. Die Verschuldung bei Konsumenten wie Unternehmen ist recht niedrig. Aus dem Inland wie aus dem Ausland winken gute Bestellungen.

Eine Wiederholung der hohen Wachstumsziffer des Vorjahres wird 2011 gleichwohl nicht möglich sein. Jene war noch angetrieben vom Aufholen nach dem rezessiven Einbruch. Aber zwei bis drei Prozent realer Wachstumsrate erscheint aus heutiger Sicht für das neue Jahr durchaus erreichbar. Die Kapazitätsauslastungen würden sich weiter erholen und dann fast wieder normales Niveau erreichen. Im Sommer 2011 ist zumindest beim Bruttoinlandsprodukt das Wiedererreichen des Vor-Rezessionsniveaus aus dem Jahr 2008 absehbar.

Ein Teil der in Aussicht gestellten Wachstumsrate stammt - wie stets nach einem kräftigen Jahrgang - aus einem statistischen Überhang, ist demnach inhaltlich noch dem alten Jahr zuzurechnen. Die Verlangsamung der konjunkturellen Dynamik ist im Jahresverlauf ausgeprägter, als es auf den ersten Blick zu erkennen ist.

Risiken aus dem Ausland

Doch eine solche Vorsicht ist angebracht. Denn Deutschland kann sich nicht völlig von den

weltwirtschaftlichen Risiken und den Spannungen im Euroraum isolieren. Zumindest drosselt die schwächere Entwicklung in den Partnerländern die von dort zu erwartende Nachfrage. Im schlimmeren Fall gehen von den dortigen Problemen neue Erschütterungen für die Finanzmärkte und für die europäischen Institutionen aus.

Eine niedrige Bewertung des Euro an den Devisenmärkten aufgrund der Skepsis der Märkte gegenüber der Währungsunion sorgt jedoch dafür, dass die Außenhandelsbedingungen sich nicht von Seiten der Währungsrelationen zu sehr eintrüben. Ein Wechselkursschock für den deutschen Export ist zumindest unwahrscheinlich.

Weitere Verlagerung zur Binnenwirtschaft wahrscheinlich

Gleichwohl dürfte sich die Struktur der Verwendung des deutschen BIP weiter zur Binnenwirtschaft verlagern. Selbst wenn der Export für sich genommen weiter gut läuft, dürften anziehende Importe den verbleibenden Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum BIP mindern. Dies ist Spiegelbild der neu gefundenen Rolle Deutschlands als Wachstumsmotor in Europa.

Neben den Investitionen dürfte auch der private Konsum weiter im Aufwind sein. Die Bedingungen dafür stehen günstig. Denn die gute Arbeitsmarktlage stärkt das Verbrauchervertrauen und schafft Einkommen. Aufgrund der Engpässe bei bestimmten Qualifikationen sind mancherorts sogar größere Lohnsteigerungen zu erwarten. Eine geringe private Verschuldung und eine bereits angemessen hohe Sparquote sind beste Voraussetzung dafür, dass eine Verbreiterung und Steigerung der Markteinkommen auch zu höherem Konsum führt.

Gewisse dämpfende Effekte sind 2011 unvermeidbar. Die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge ist bereits wirksam. Und die Sparpakete enthalten noch manch andere gegenläufig wirkende Maßnahme. Doch wann, wenn nicht jetzt, sollte die Konsolidierung der Staatsfinanzen angegangen werden?

6.2 Kreditwirtschaft in Deutschland

Vor dem Hintergrund der insbesondere in der Europeripherie weiter schwelenden Finanzmarktkrise geht die Sparkasse auch in den nächsten Jahren von einem erheblichen Wettbewerbs-, Kosten- und Margendruck aus. Diese Entwicklung hat sich auf Grund der Kapitalisierung von Wettbewerbern durch die SoFFin insbesondere für das Mittelstandsgeschäft noch verstärkt. Durch den massiven Rückgang des „Investmentbankings“ werden zusätzliche Kapazitäten frei, die nun ebenfalls in die angestammten Märkte der Sparkassen (und Volksbanken) drängen.

Durch diese Rückbesinnung insbesondere der großen Privatbanken auf die „Realwirtschaft“ und damit auf das Retailbanking und das Mittelstandsgeschäft wird von „Experten“ eine Stabilisierung der gesamten Kreditwirtschaft erwartet. Tatsächlich trifft diese Rückbesinnung jedoch auf verteilte Märkte und könnte den schon seit Jahren zu beobachtenden Margenverfall beschleunigen. Folge: Weder die bisher im Retailbanking dominierenden Sparkassen und Volksbanken noch die sich jetzt der „Realwirtschaft“ zuwendenden Banken werden mittelfristig ausreichende Renditen erzielen. Trotz der sehr erfolgreichen Geschäftsjahre 2009 und 2010 für die meisten Sparkassen und Volksbanken könnte die nächste Branchenkrise damit bereits vorprogrammiert sein.

Die regulatorische Intensität des Jahres 2010, die Ziel und Maß vermissen lässt, stellt de facto das Geschäftsmodell kleinerer Banken und Sparkassen in Frage. Der bürokratische Aufwand zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen steigt 2010 und 2011 exponential an. Dadurch werden große Kreditinstitute begünstigt, die als volkswirtschaftliches Klumpenrisiko identifiziert – ursprünglich durch Regulierungsaktivitäten beschränkt werden sollten.

6.3 Prognosebericht für das Geschäftsjahr 2011

Das Wirtschaftsgeschehen in Schwedt wird durch die Mineralölverarbeitung und die Papierherstellung dominiert. Wenn auch diese Branchen durch die Rezession betroffen waren, so handelt es sich doch um Industriezweige, die weniger konjunkturellen Schwankungen unterworfen sind, als z. B. Zulieferer für die Kfz-Herstellung oder den Maschinenbau.

Zudem bietet die Grenzlage zu Polen „in der Mitte“ Europas weiterhin gute Chancen für die Schwedter Wirtschaft. Diese Perspektive ist im Hinblick auf die anhaltend schrumpfende Bevölkerungszahl, die hohe Arbeitslosigkeit und das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Geschäftsgebietes von hoher Bedeutung.

Die Nachwirkung der wieder erfreulichen Einlagenentwicklung 2010 (2,7 % Wachstum bei 1,5 % Bevölkerungsrückgang) im Zusammenwirken mit einer relativ steilen Zinsstrukturkurve werden nach der aktuellen Planung 2011 zu einem Zinsüberschuss führen, der über dem langjährigen Durchschnitt liegt. Mit dem geplanten Wert von 10,9 Mio. Euro wird der Rekordwert aus dem Jahr 2010 allerdings um 0,7 Mio. Euro verfehlt.

Nach den vorzüglichen Werten im Einlagengeschäft in den Jahren 2009 und 2010 geht die Sparkasse für 2011 von jeweils stagnierenden Kredit- und Einlagenbeständen aus. Dabei sollen die hohen Sichteinlagenbestände zu Gunsten anderer Einlagearten reduziert werden.

Der Provisionsüberschuss wird geringfügig unterhalb des Wertes von 2010 erwartet.

Durch die Migration auf das IT-System „OSPlus“ und dem damit verbundenen erheblichen Einmalaufwand verzeichnete die Sparkasse für das Jahr 2010 deutlich höhere Kosten. Deshalb werden die Sachaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um etwa 0,4 Mio. Euro auf 3,5 Mio. Euro sinken. Der Personalaufwand wird mit 5,1 Mio. Euro unverändert zum Vorjahr geplant.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung wird dementsprechend leicht unter dem Niveau von 2010 in einer Größenordnung von 4,7 Mio. Euro erwartet. Damit wird die Cost-Income-Ratio, als eine zentrale Steuerungsgröße, die strategische Zielmarke von 70 % mit einem Planwert von 64,5 % deutlich unterschreiten.

Die Sparkasse plant ihr Risikobudget 2011 mit 1,3 Mio. Euro (im Vergleich: Planung 2010 – 1,8 Mio. Euro; Ist 2010 – 0,4 Mio. Euro). Das Risikobudget betrifft überwiegend Bewertungsaufwand für das Kreditgeschäft.

Aus dem Betriebsergebnis vor Steuern werden – nach Abzug des Steueraufwands – wiederum die Eigenmittel und stillen Reserven in einer Größenordnung von über 2 Mio. Euro dotiert werden können.

6.4 Mittelfristiger Prognosebericht für die Jahre 2012 und 2013

In Folge des hohen Einlagenwachstums in den Jahren 2009 und 2010 prognostiziert die Sparkasse für die Jahre 2012 und 2013 leicht rückläufige Einlagenvolumina. Das Kundenkreditvolumen wird auf Grund hoher Tilgungsleistungen geringfügig sinken.

Die zu erwartende Verflachung der Zinsstrukturkurve führt zu einem deutlichen Rückgang des Zinsüberschusses.

Der Provisionsüberschuss dürfte auf dem aktuellen Niveau verharren, wobei zu erwartende Einbußen bei den Kontoführungspreisen durch Mehreinnahmen in anderen Bereichen, z. B. Wertpapiergeschäft, im Versicherungsgeschäft oder Immobilienvermittlungsgeschäft ausgeglichen werden sollen.

Nach der IT-Migration werden für 2012 und 2013 niedrigere Sach- und geringfügig steigende Personalkosten erwartet. Für die Personalkosten ist die Höhe der Tarifabschlüsse von zentraler Bedeutung. Auf Grund der Finanzmarktkrise erwartet die Sparkasse für die nächsten Jahre sehr moderate Abschlüsse. Im Übrigen wird eine in 2012 erneut statt findende Aufgaben-, Prozess- und Kapazitätsanalyse voraussichtlich weiteres Einsparpotential aufzeigen, das spätestens ab 2013 realisiert wird.

6.5. Chancenbericht

Die Finanzkrise hat zwar die Reputation der Kreditwirtschaft nachhaltig beschädigt. Als kleine Sparkasse mit einer für die Kunden hohen Transparenz über die Geschäftspolitik und die Entscheidungsträger, ist die Stadtsparkasse Schwedt von diesem Vertrauensverlust weit weniger betroffen als größere Kreditinstitute. Davon wird die Sparkasse im günstigen Fall über die unter Ziffern 6.3 und 6.4 dargestellten Ergebnisse hinaus profitieren.

7. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres 2010 nicht eingetreten.

Schwedt, 21. April 2011



Dietrich Klein



Jürgen Dybowski